

Vorlage-Nr.: **2512-2008/DaDi** vom 05.12.2008  
(Referenz-Vorlage: 2273-2008/DaDi)

Aktenzeichen: 440-006

Fachbereich: Fraktion von Die Linke-DKP  
Walter Busch Hübenbecker  
Werner Bischoff

Beteiligungen:

Kostenstelle: **203001 Kreistagsbüro/Büro Landrat**

Beschlusslauf:

<i>Nr.</i>	<i>Gremium</i>	<i>Status</i>	<i>Zuständigkeit</i>
1.	Haupt- und Finanzausschuss	Ö	Zur vorbereitenden Beschlussfassung
2.	Kreistag	Ö	Zur abschließenden Beschlussfassung

Betreff: **Wiedereingliederungsmaßnahmen für Frauen in den Arbeitsmarkt -  
Änderungsantrag Die Linke/DKP**

**Beschlussvorschlag:**

- 1) Der Betreff ist zu ändern wie folgt : „ Wiedereingliederungsmaßnahmen für Frauen und Männer in den Arbeitsmarkt.
- 2) Im Wirtschaftsplan 2009 werden jährlich 150 000 €für Wiedereingliederungsmaßnahme aus den Bereichen SGB XII (Sozialhilfe) – Grundsicherung für Arbeitssuchende (ALG II) Bezier/innen von ALG I – Männer und Frauen ohne Leistungsbezug eingestellt.
- 3) Der Pkt. 2 der Drucksache 2273 bleibt unverändert.
- 4) Der Pkt. 3 der Drucksache 2273 bleibt unverändert.
- 5) Die Mittel von 150 000 €resultieren zum Einen aus der Drucksache 2273(75000 €) und zum Anderen aus Mitteln der Abplanung der Zeitschrift „Kreis – kompakt“.(75000€)

## **Begründung:**

- a) Bei der Frage „Wiedereingliederung für Männer und Frauen – oder des Druckes eines unnötigen Werbeblättchens für den Landkreis , einem Wahlgeschenk an die Fraktion FW – stimmen wir für die Wiedereingliederung von Frauen und Männer in einen immer härter werdenden Arbeitsmarkt.
- b) Des Weiteren bedeutet die Erhöhung der Mittel auf 150 000 € auch eine nachhaltige Entlastung für die Sozialkassen.
- c) Durch diese erhöhten Mittel kann einem größeren Kreis – wie im SPD und CDU Änderungsantrag fixiert – Eingliederungsmaßnahmen angeboten werden. Wir halten nach wie vor die Haushaltswirtschaftliche Sperre für Eingliederungsmaßnahmen der KFB nach § 16 (II) Satz 1 SGB II für einen einzigen Treppenwitz. Der Landkreis Da/Di war im übrigen die einzige Optionskommune, die zu solchen rigiden Mitteln griff ! Daher ist es zwingend nötig den Kreis der Einzugliedernden auszuweiten.
- d) Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt – unter Vorspielung falscher Tatsachen („ Der bereits bestehende Fachkräftemangel bei den Automobilherstellern...“) gilt unserer Meinung nicht nur für Frauen ohne Leistungsbezug, wie dies die SPD fordert. Er gilt gerade unter dem Aspekt der weltweiten Rezession auch im Landkreis Da/Di für alle Erwerb suchende Männer und Frauen.

Ein für seine Bürger vorsorgender Landkreis, ein Landkreis der die oben erwähnte Einstellung von Eingliederungsmaßnahme als „politisch völlig konstruktiv“ sieht, ist aufgefordert alle unnötigen Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gehört unbedingt der Vertrieb des „Kreis – kompakt“. Dieser Vertrieb ist einzustellen.

PS. Sollte dieser Änderungsantrag eine politische Mehrheit finden, zieht die Fraktion DIE LINKE./DKP ihren zum WP 2009 gestellten Antrag zu Abplanung der kosten „Kreis – kompakt“ zurück